

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Insertionsgebühr
Beträgt für die fünfgespaltene
Zeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Verkünd- und
Versammlungszettel
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 113. Breslau, Mittwoch, den 15. Mai 1895. VI. Jahrgang.

Das Coalitionsrecht.

Der Antrag der socialdemokratischen Fraction auf ein Reichsvereinsgesetz mit Gewährleistung des Vereins- und Versammlungsrechts ist bekanntlich vom Reichstage nach langer Debatte abgelehnt worden. Nicht einmal die gesammte Linke stimmte für den Antrag. Man konnte bei dieser Gelegenheit so recht sehen, wie sich jene Auffassung bewahrt hat, die darin geht, daß die verschiedenen Klassen immer mehr geneigt werden, die politischen Rechte zu beschneiden, je mehr die Klassen-gegensätze sich zuspitzen. In der Debatte wurde ein erschöpfendes Material vorgebracht, welches erkennen ließ, wie rechtlos der Deutsche in Bezug auf das Vereins- und Versammlungswesen in so manchem seiner Vaterländer noch ist. Wer nur einigermaßen Sinn und Gefühl für die Nothen und Leiden der arbeitenden Klassen hatte, der mußte dem socialdemokratischen Antrage zustimmen, wenn er hörte, wie es in Mecklenburg, Sachsen und anderwärts zugeht. Besonders die drastischen Schilderungen, wie in Sachsen das Vereins- und Versammlungsgesetz gehandhabt wird und wie dort die Socialdemokraten ganz anders als andere Staatsbürger, gewissermaßen als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden, erregten lebhaftes Interesse auf allen Seiten, das insofern gesteigert wurde, als der Vertreter der sächsischen Regierung sich nur schwach und ungenügend verteidigte. Dennoch stimmten die Rechte, das Centrum und die Nationalliberalen geschlossen gegen den Antrag der Socialdemokratie.

Somit ist diese von der Socialdemokratie aufgeworfene Frage vorläufig in durchaus reactionärem Sinne entschieden und man konnte leicht bemerken, wie wenig die „Oberen Zehntausend“ gewillt sind, den Arbeitern politische Rechte zuzubilligen. Der freisinnige Abgeordnete Richter stimmte zwar für den Antrag, aber bemerkte doch, derselbe sei nur „aus agitatorischen Gründen“ gestellt. Man sieht, die Brutusse und Catonen der Freisinnigen können sich sogar zu dem billigen Opfer, für politische Rechte einzutreten und von den Byzantinern sich dafür „Doctrinäre“ idelten zu lassen, nur sehr schwer entschließen. Sie fühlen instinktiv, welche wichtige Waffe in dem Klassenkampfe der Arbeiter das Coalitionsrecht darstellt und das erklärt Alles.

Zur Charakteristik und Psychologie der herrschenden Klassen in Deutschland liefert diese Verhandlung über das Coalitionsrecht einen wichtigen Beitrag. Alle alten Parteien sprechen das ganze Jahr hindurch von

„socialen Reformen“, von Maßregeln seitens des Staats für das Wohl der Arbeiter und Einzelne nehmen dabei den Mund so voll, daß es scheinen könnte, als gäbe es für sie kein größeres Erdenglück, als für die Interessen der Arbeiter thätig zu sein. Aber die Thaten entsprechen niemals den Worten und wenn es sich in Wahrheit um die Interessen der Arbeiter handelt, so wird diesen immer statt des Brotes ein Stein gereicht. So ist es auch dies Mal geschehen.

Man spricht so gern von den „berechtigten Interessen“ der Arbeiter, womit man sich zugleich gegen die weitgehenden Forderungen der Socialdemokratie vermahnen will. Kann es denn ein mehr berechtigtes Interesse der Arbeiter geben, als wenn dieselben sich das Coalitionsrecht gewahrt wissen wollen? Dieses Mittel ist ihnen unentbehrlich zum Kampfe gegen die steigende capitalistische Ausbeutung; es ist aber zugleich auch eine Bürgschaft dafür, daß dieser Kampf auf unblutigem Wege und innerhalb gewisser Formen sich abspielt. Das Coalitionsrecht wird dem Arbeiter schon vom Capitalisten verkümmert und oft gänzlich unmöglich gemacht. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder einem Fachverein wird in tausend Fällen mit Entlassung geahndet. Will der Staat nicht eine Versicherungsanstalt für capitalistische Interessen sein, so muß er seine mächtige Hand erheben, um, so weit er kann, das Coalitionsrecht der Arbeiter zu schützen, aber statt dessen arbeiten sich Capitalismus, Polizei, Gesetzgebung und Rechtsprechung in die Hände, um das Coalitionsrecht des Arbeiters zu einer bloßen Nebensart zu machen.

Man kann in diesem Falle sehr leicht sich klar werden, was es auf sich hat mit den „Reformen“, von denen die bürgerlichen Parteien sprechen. Weder die Fähigkeit noch der gute Wille ist vorhanden, ernsthafte Reformen zu schaffen. Die Fähigkeit fehlt, weil man zu bequem ist, sich über die wirkliche Lage des arbeitenden Volkes zu unterrichten. „Nothleidende Arbeiter kommen nur in Romanen vor“, sagte einst ein conservativer Volksvertreter. Und so glaubt man, die Nothlage des Volkes sei eine Erfindung der Socialdemokratie, die lediglich agitatorischen Zwecken dienen solle. Der gute Wille zu Reformen aber fehlt den herrschenden Klassen, weil sie ihren Egoismus nicht zügel können. Sie glauben, jedes Stückchen Recht, das sie dem Arbeiter zukommen lassen, sei von ihren eigenen Privilegien abgebrockelt. Sie setzen in jeder Arbeitervereinigung eine Bedrohung ihrer Renten, ihrer Dividenden

und ihres Capitalprofits überhaupt, darum halten sie es für ein großes Opfer, daß sie die Versicherungs-gesetze gemacht haben, und darum preisen sie auch die Weisheit Bismarcks, der diese so eingerichtet hat, daß darin so viele zarte Fürsorge für die capitalistischen Interessen zu verspüren ist.

Es ist eine sehr häufige, fast regelmäßige Erscheinung der Weltgeschichte, daß wenn eine Gesellschaft in ihren Auflösungsprozess gelangt, dann die herrschenden Klassen den klaren Ueberblick vollständig verlieren. Sie können sich dann fast nie zu weisen Reformen entschließen, welche den Uebergang in die neu entstehenden Reformen erleichtern, ja fast schmerzlos machen könnten. Mit einer blinden Hartnäckigkeit widersetzen sie sich allen Neuerungen, von denen sie befürchten, daß sie tief einschneidend wirken. Und damit verschulden sie die historischen Catastrophen, wo solche vorkommen, die dann nach dem flachen Urtheil bürgerlicher Historiker nicht aus dem unvermeidlichen und unwiderstehlichen Drang der Umstände, sondern aus der „Aufhebung“ und der „Propaganda“ entstehen.

Man wollte in der Umsturzvorlage scharfe Bestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung treffen und doch auch den Arbeitern das Coalitionsrecht nicht geben. Es soll mit dem Letzteren bleiben wie bisher; der schöne Zustand soll verewigt werden, daß jeder Deutsche, sobald er einem oben nicht genehmten politischen Verein angehört, damit sich gewissermaßen unter Polizeiaufsicht stellen muß.

Den Arbeitern, die bisher noch an die „Reformen“ der herrschenden Klassen glaubten und die den Pferdefuß an der bürgerlichen Socialpolitik nicht zu erkennen vermochten, wird nunmehr der Staat vollständig gestochen sein. Das Resultat der Verhandlungen über das Coalitionsrecht wird diejenigen, die auf das bekannte „Patrimonium der Enterbten“ gehofft, nunmehr belehrt haben, wie weit ihnen die oberen Zehntausend entgegenkommen gewillt sind.

Wenn unsere Bourgeois, die doch sonst so ängstlich sind und Alles mit der Polizeibrille betrachten, wüßten, was sie sich eingebrockt haben, so könnte ihnen bange werden. Was es heißt, Millionen von Arbeitern mit vollkommener Hoffnungslosigkeit in Bezug auf den guten Willen der Bevorrechteten zu erfüllen, das wird sich bald zeigen. Die alten Parteien werden es verspüren.

Meine officiële Gattin.

Roman von H. R. Savage.

(Nachdruck verboten.)

Wir betraten den Laden; eine nett aussehende Französin empfing uns und Helene sagte ohne weitere Umschweife:

„Ich bedarf einer eleganten Toilette für den Ball der Gräfin Ignatiow — können Sie mir vielleicht eine solche im Lauf der nächsten drei Tage liefern?“

„Noch früher, wenn Madame es wünscht“, lautete die Antwort, hierauf flüsterte Helene der Dame zwei Worte zu und die Ladeninhaberin wies mit bedeutsamem Blick auf eine Seitenthür. Helene öffnete diese Thür und winkte mir, ihr zu folgen; wir befanden uns in einem matt und behaglich eingerichteten Zimmer, und auf den Schreibtisch deutend, sagte meine officiële Gattin lächelnd:

„So, hier ist Gelegenheit zum Schreiben — während dessen werde ich meine Robe auswähle.“

„Wenn ich nur wüßte, wozu Sie eine Toilette brauchen wollen“, flüsterte ich misstrauisch. „Ihre Koffer sind bis zum Rande gefüllt.“

„Einerlei, ich habe Sehnsucht nach einer ganz neuen Robe“, entgegnete Helene kurz, „fragen Sie nicht weiter und nähern Sie sich um keinen Preis der Thüre.“

Damit entfernte sie sich und ich war fest davon überzeugt, mich in einem Nihilisten-Schlupfwinkel zu

befinden. Indef, das kümmerte mich jetzt nicht weiter, ich las den Brief meiner Frau, den ich auf der Legation in Empfang genommen hatte, und versuchte dann, denselben zu beantworten, was gar nicht leicht war. Ich schärfte meiner theuren Laura ein, mir nur durch Vermittelung der Gesandtschaft zu schreiben, mir unter feinerlei Umständen zu telegraphiren, da bei den herrschenden Zuständen jede Depesche von der Behörde geöffnet werde, und auch ihre Briefe an Marguerite an mich zu adressiren. Ich schilderte die Zuorkommenheit der Weletzky, sprach die Hoffnung aus, Marguerite's Angelegenheit recht bald befriedigend geordnet zu sehen und verhiß meine baldige Heimkehr, da der Aufenthalt in Petersburg, wegen der dort grassirenden Influenza und der asiatischen Cholera, die täglich zahllose Opfer fordere, nicht zu den Annehmlichkeiten gehöre. Ich log mit vollem Bewußtsein, allein es ging nicht anders! ich adressirte den Brief an Drexel, Harjes u. Co., Paris, und schrieb denn auch gleich an Marguerite. Dieser empfahl ich an, jedenfalls in Nijasan zu bleiben, bis die gewöhnlichen Abmachungen zwischen Weletzky und mir beendet seien — ihre Gegenwart würde nur stören. Briefe an ihre Mutter erbat ich mir unter Vermittelung der Gesandtschaft, und nachdem ich ihr noch anempfohlen, an Niemanden zu schreiben, bevor sie wieder von mir gehört, schloß ich auch diesen Brief, der mir recht viel Kopfzerbrechen verursacht hatte.

Jetzt erschien Helene.

„Meine Robe wird ein Wunder von Schönheit

und Eleganz werden,“ rief sie laut und enthusiastisch, um keine hinzuzufügen:

„Sind die Briefe fertig?“

„Ich gab ihr dieselben; sie nickte, und meinte dann, sie habe noch hier zu thun, ich möge allein in's Hotel oder in den Nachtclub gehen, um das zweite Frühstück einzunehmen. Wenn ich zufällig Sascha sehen sollte, möge ich ihm sagen, sie erwarte seinen Besuch erst nach fünf Uhr — ich muß sorgfältige Toilette machen, bevor er kommt,“ schloß sie lächelnd und ich entfernte mich in ziemlich übler Laune.

Zu meinem Ersauern bemerkte ich, daß der Kutscher uns auf großen Umwegen zu der Mobilin gefahren hatte, denn ein Weg von kaum einer Viertelstunde brachte mich auf den Newskyprospect. Als ich hier ziemlich trübseelig vor einem prächtigen Bilderladen stand und die dort ausgestellten „Ansichten aus Sibirien“ ahnungsvoll betrachtete, legte sich mir plötzlich eine Hand auf die Schulter und eine bekannte Stimme sagte:

„Ah, Oberst Lenox — ich freue mich, Sie zu sehen.“

Ausblickend erkannte ich den Baron Friedrich, und seine Begrüßung freundlich erwidern, sagte ich lebhaft:

„Baron von Friedrich, Sie kommen mir wie gerufen — Sie müssen mein Gast bei einem guten Frühstück sein.“

„Angenommen“, rief er lässig, „und da Sie doch hier fremd sind, gestatten Sie mir, Sie zu einem

Politische Rundschau.

— In frecher, blutdürstiger Art wird der Umsturz des deutschen Reiches gefordert und angestrebt — von dem führenden Organ der schlesischen Conservativen, von der „Schles. Jtg.“. Die Einzelstaaten sollen das Reich und damit den Reichstag aufheben und so in bequemer Weise das Wahlrecht befeitigen, nötigen Falls mit Anwendung von Gewalt, so schlägt dieser Kämpfer für „Ordnung und Recht“ vor. Und dabei erhebt das Blatt heuchlerisch die Sendung eines gewaltigen Geistes, einer starken Hand, um jene schwere Aufgabe zu lösen. Es heißt wörtlich in dem Artikel:

„Wann die von neuem herannahende finstere Stunde der Gefahr eintreten wird, kann Niemand voraussehen. Ob das lebende Geschlecht diese Stunde wird durchkämpfen müssen — wer will das behaupten oder bestreiten? Über diese Stunde wird gewaltige Geister und Charaktere erfordern. Wir hoffen zu Gott, daß sie sich finden werden, daß ihnen das unbedingte Vertrauen des dann regierenden Kaisers zur Seite stehen wird und daß ihnen, wenn sie das Schwert erheben, um die Häupter der Volks- und Vaterlandverräter zu treffen, nicht ein höherer Wille in den Arm fällt. In dieser Zeit wird es sich zu zeigen haben, ob es preussischer Kraft gelingen wird, dem deutschen Vaterlande noch einmal Befreier und Erretter zu werden.“

Wie viel Jahre Sucht haus dürften nach den jetzt geltenden Gesetzen auf die hier geübte Empfehlung hochverrätherischer Verbrechen stehen?

— Herr von Koller wird auch von den Organen der Großcapitalisten, die mühsend sind, ihren heißen Wunsch nach einem Arbeiternebelungs-gesetz nicht erfüllt zu sehen, gehörig abgefanzelt wegen seiner übergroßen Ungeheuerlichkeit bei der Beratung der Umsturzvorlage. Die „Rheinisch-Westf. Jtg.“, das Organ der rheinischen Schlotjunken, schreibt:

„Bei der ersten Lesung hatte sich der Staatssekretär Nieberding dieser Aufgabe so unglücklich entledigt, daß er nunmehr gezwungen war, den Verhandlungen als stummer Zuhörer beizuwohnen. Man muß aber sagen, daß Staatssekretär Nieberding seine Sache damals nicht viel schlechter gemacht hat, als Minister v. Koller jetzt die seinige. Seine conservativen Freunde saßen in sichtbarer Verlegenheit da, die Herren von der Regierung mit dem Reichskanzler an der Spitze machten immer längere und verbugltere Gesichter, während die Linke immer vergnügter wurde und durch ermunternde Zurufe den Redner zu ferneren „Entwicklungen“ anspornte. Das Material, das der Minister von Koller vorführte, war so ungeschickt, wie nur möglich, zusammengestellt. Es ist wirklich erbaulich (?), daß man im preussischen Ministerium des Innern keine besseren Beweismittel für die Gemeingefährlichkeit der socialdemokratischen und anarchischen Litteratur aufzutreiben vermocht hatte, als diejenigen, die Geheimrath Philippborn heute seinem Chef zurichte. Nicht minder unzureichend war die Benutzung dieses Materials durch den Minister, der auch in einer Ausdrucksweise vielfach daneben griff. So sagte

Restaurant zu geleiten, wo man ganz vorzüglich speist.“

Arm in Arm mit dem gefürchteten Chef der dritten Section schritt ich weiter; bald hatten wir eine ziemlich enge Gasse erreicht, und vor einem beschriebenen Hause, welches ein Schild mit der Aufschrift „Pichoir restaurant francais“ zeigte, machte mein Begleiter Halt.

„Hier hätte ich freilich kein berühmtes Restaurant vermutet,“ äußerte ich verwundert, als wir eingetreten waren und eine ziemlich verräucherte Gaststube uns empfing. Auch schien mein Begleiter dem Wirth nicht bekannt zu sein; er nahm unsere Bemerkung schweigend entgegen und zeigte nichts von der Unterwürigkeit, mit welcher die Bedienten dem Chef der Geheimpolizei begegnet waren, so daß ich nicht umhin konnte, zu bemerken: „Der Wirth scheint Sie nicht zu kennen, Baron Friedrich?“

„Nein, Gottlob,“ lachte er, „aber allem Anschein nach haben Sie inzwischen entdeckt, wer ich bin, lieber Oberst! Sehen Sie, ich speise grundsätzlich niemals zwei Mal nacheinander in demselben Hause — hätte der kleine Baron Friedrich ein bestimmtes Speisehaus,“ schloß er, mit den Augen zwinkernd, „dann wäre der arme Eselmann schon längst vergiftet.“

Ganz entsetzt blickte ich ihn an; er klopfte mir auf die Schulter und meinte lachend:

„Ja — man gewöhnt sich mit der Zeit an Alles — wenn Sie in meiner Haut stecken, würden Sie’s

er einmal wörtlich: „Ich will glauben, daß Herr v. Koller seine „Studien“ aus einem Volkskalender „gelogen“ hat.“ Wie anders verstand es der ehemalige Minister von Buttlamer, derartige Dinge geschickt und wirkungsvoll zu verwerthen! Es war ein rednerisches und staatsmännisches Genie gegenüber dem jetzigen Minister des Innern. Die Conservativen gaben ihr Mißvergnügen über diese unzulängliche Leistung deutlich zu erkennen, indem sie sich in tiefstes Schweigen hüllten und nicht einmal am Schlusse der ministeriellen Rede das übliche Bravo spendeten.“

Ob Herr von Koller dieser allgemeinen Unzufriedenheit seiner früheren Gönner wohl noch lange Stand halten wird? „Wenn nicht, na, dann nicht“ wird er wohl bald wieder sagen können.

— Die Verwirrung in den oberen Regionen der Regierung, die sich doch berufen fühlen, die Ordnung zu erhalten und zu schützen, muß wirklich sehr groß sein. Was schwer begreiflich ist, aber doch feststeht, so schreibt der „Hamb. Corr.“, ist die Thatsache, daß der Bundesrath als solcher, trotzdem er seit Wochen wieder versammelt ist und eifrig arbeitet, zu den Commissionenbetreffend die Umsturzvorlage, keine Stellung genommen hat. Beiprochen haben in der zweiten Beratung als Vertreter der Regierungen der Reichskanzler, der zugleich preussischer Ministerpräsident ist und drei preussische Minister; der Reichsjuristensekretär, dem in erster Lesung die Einleitung der Debatte oblag, und der in der Commission die Vertretung führte, hat bis auf eine gelegentliche Bemerkung ebenso geschwiegen, wie auch kein Commissar irgend einer anderen Einzelregierung das Wort ergriffen hat. Ja, der Kriegsminister erklärte auf eine Provocation, er spreche im Namen der preussischen Regierung, da die verbündeten Staaten keine Gelegenheit gehabt hätten, sich über die Commissionensatzung schlüssig zu machen. — Ja, es herrscht das Chaos dort bei den „Männern der Ordnung“ und keiner weiß offenbar, wer Koch und wer Kallner ist.

— Zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung liefert auch Mecklenburg jetzt einen hübschen Beitrag. Folgender Strafbefehl ging einer mecklenburgischen armen Tagelöhnerfrau zu:

Die Arbeiterfrau Dorothea Bruhn geb. Nibom, zu Neu-Vorwerk hat laut dienlicher Anzeige des Wachtmeisters Baron III zu Dassel am zweiten Dnerstage 1895, Nachmittags, bei Beerdigung ihres Kindes, bei der der Ortsgeistliche nicht zugegen war, eine Rede, rein ein Gebet gesprochen. Die Frau wird deshalb auf Grund der Verordnung vom 26. November 1891, betreffend die Strafen der Nichtgehrlichen zu einer Geldstrafe von zwei Mark verurtheilt. Hat von einem Tage Antheil. Es kommen hierzu an Gebühren und Auslagen noch Mark 1.00. Anzuzeigen ist der Strafbefehl: Dassel, 22. April 1895. Ministeriellisches Volkselement.

Die arme Frau, deren Mann seit mehreren Jahren arbeitslos ist, hatte nach ihren Angaben den Ortsgeistlichen zur Theilnahme am Begräbniß gebeten und dieser hatte auch gesagt, er wolle sehen, ob er kommen könne.“ Er war aber nicht erschienen und um nur ihr Kind nicht wie einen Hund verpacken zu lassen“, hatte die Frau im Beisein mehrerer Nachbarn am offenen Grabe folgenden Gesangshüers gesprochen:

„Ichon lernen, fests auf der Hut zu sein und dabei unbedarfen dreinanzuhören.“

Glücklicher Weise überließ der Eintritt des Kallners, der das wirklich vortreffliche Frühstück brachte, mich der Antwort, wir ließen's uns trefflich schmecken und ich sprach Baron Friedrich meine volle Anerkennung über die Wahl des Locals aus.

„Wissen Sie, lieber Oberst, daß Sie recht angegriffen anzusehen?“ bemerkte Baron Friedrich während des Nachens.

„Das glaube ich gern,“ nickte ich, „ich habe heute Nacht kaum geschlafen — ich war zu lange im Nachtschlaf.“

„Ah — und Sie haben dort vermutlich getrunken und gespielt?“

„Ganz recht.“

„Was sagt denn Madame Leroy zu solchen Escapaden, und wo ist die reizende Frau überhaupt eben?“

„Sie macht Einkäufe — sie braucht eine neue Toilette für den Ball der Gräfin Ignatieff.“

„Also wirklich schon mitten drinn im Strudel der Gesellschaft,“ meinte mein Gefährt; „übrigens werden wir uns vielleicht auf dem Ball sehen.“

„Es, das würde mich freuen.“

„Ach auch; freilich ist's noch nicht ganz sicher, daß ich hingehbe — es hängt davon ab, ob der Ugar sich entschließt, der Einladung Folge zu leisten.“

„Ah — wenn er hingehbe, begleiten Sie ihn zu seinem Schatz?“ fragte ich lachend.

„Hier liegt und schläft Du ganz in Frieden, Die weil Dein Hirte bei Dir wacht. Von Jesu bleibst Du ungeschieden, Auch in der letzten Todesnacht. Er lenkte Deine Tageszeit, So früh schon zu der Ewigkeit. Amen.“

Und wegen des durch diese „Rede“ begangenen „Vergehens“ erhält das arme Weib einen Strafbefehl! Auch das ist eine Episode im „Kampf für Religion, Sitte und Ordnung.“

— Der Entwurf eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat in Höhe von 4,002,462 Mark liegt dem Reichstage vor. Davon sind 3,199,505 Mark fortbauernde und 802,957 Mark einmalige Ausgaben. Unter den fortbauernden Ausgaben entfallen 1,703,350 Mark auf das Reichsamt des Innern für Verwaltung u. des Nordostseecanals, 1,483,155 Mark auf die Verwaltung des Reichsheeres und 13,000 Mark auf die Marineverwaltung. Von den einmaligen Ausgaben entfallen 120,000 Mark auf das Auswärtige Amt, 4000 Mark auf das Reichsamt des Innern für die Limesforschung (der Limes-Pfahlgraben, Landwehr, ist die vom Römerkaiser Hadrian gegen die Deutschen in Süd- und Westdeutschland errichtete, aus Castellen und Wachtthürmen bestehende Befestigungslinie, von der schon bedeutende Reste erforscht sind), 478,957 Mark auf die Verwaltung des Reichsheeres und 200,000 Mk. auf die Marineverwaltung. Der Antheil des Auswärtigen Amtes an dem Nachtragssetat mit 120,000 Mark setzt sich wie folgt zusammen: Um der in Ostafrika in Folge der Heuschreckenplage ausgebrochenen Hungernoth entgegen zu treten, bedarf die kaiserliche Regierung einer nachträglichen Erhöhung des Reichszuschusses um 50,000 Mark, zur Vornahme einer Grenzberichtigung zwischen Kamerun und dem Niger-Coast Protectorate ist eine Erhöhung des Reichszuschusses um 20,000 Mark nothwendig. Ueber diese beiden Posten ist ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt worden. Der Restbetrag von 50,000 Mark ist ausgeworfen zur Betheiligung der Colonialabtheilung an der Berliner Gewerbeausstellung 1896. Beigegeben ist dem Etat eine Denkschrift, betr. den Nordostseecanal. Danach soll für die untere Oberleitung des Reichsamtes des Innern zu führende Betriebsverwaltung eine besondere Reichsbehörde in Kiel als kaiserliches Canalamt errichtet werden. Diese Behörde dürfte hinsichtlich der Leitung des Betriebes eine ähnliche Stellung einnehmen, wie die Eisenbahn-Directionen im Bereich der preussischen Eisenbahnverwaltung. Die Canalverwaltungsbehörde hat für die Unterhaltung der Canalanlagen einschließlich der Nebenanlagen zu sorgen, den Betrieb und den Verkehr auf dem Canal zu regeln und die aus dem Verkehr, insbesondere dessen Heranziehung sich ergebenden wirtschaftlichen Aufgaben zu erledigen. Sie hat ferner die aus dem Besitze ausgegebener Betriebsanlagen und aus den geschäftlichen Beziehungen mit den Schiffahrtstreifen sich entwickelnden Freyzangelegenheiten zu bearbeiten. Hierdurch wird die Zusammenziehung der Behörde aus bau- und nautisch-technischen, sowie aus juristischen Elementen bedingt. Demgemäß sollen dem Canalamt angehören ein in der Verwaltung geschulter Vorstand

„Jawohl, und das ist gar nicht immer ein angenehmer Posten“, seufzte der kleine Mann; „bei Ihnen in America nimmt man dergleichen nicht so verteuft ernst als hier. Ich erinnere mich, daß sich vor einigen Jahren in Washington ein Unglücksfall zutrug, der ihrem Präsidenten Garfield verhängnißvoll wurde —“

„Es war kein Unfall — er wurde ermordet“, verbesserte ich.

„Ah, nicht so laut, man spricht hier nicht gern von Mord. Aber, was ich sagen wollte, welche Folgen hatte die Sache für den Polizeichef von Washington?“

„Keine — es fiel Niemandem ein, ihn für den Mordanschlag verantwortlich zu machen.“

„Ah, wie ich den Glücklichen beneide; ha, in America lohnt es sich doch, Polizeichef zu sein, aber hier heißt es einfach, entweder den Kopf des Verbrechers, oder seinen eigenen an's Messer liefern. Aber jetzt muß ich fort, ich bin seit meiner Ankunft noch nicht ins Bett gekommen und ich weiß kaum das Nöthigste von meinen Obliegenheiten zu bewältigen.“

„Ich glaube, ich sah letzte Nacht Ihre Leute an der Arbeit“, bemerkte ich.

„Ah, wo denn?“

Der kleine Mann war ganz Eifer und Unruhe.

„Ja beruhigend, was ich bei meiner Heimkehr vom Nachtschlaf mit angesehen, sah ich ihn erleichtert aufathmen und dann rief er lebhaft: „Sehen Sie, so geht es; die kleinen Missethäter laufen einem sozusagen von selbst ins Garn, aber die großen!“

(Fortsetzung folgt.)

(Präsident), ein wasserbautechnisches und ein juristisches Mitglied.

Ueber die Maßregelung eines Geistlichen in Pommern berichtet die „Protestantenvereins-Correspondenz“: Auf einer Versammlung des Bundes der Landwirthe in einer pommerschen Kreisstadt kam u. a. die wirtschaftliche Lage der Sachse...

Aus dem österreichischen Kaiserstaat und zwar aus Galizien kommen wieder einmal erschütternde Schilderungen von dem Elend dortiger Bauern. Die Vorfahren eines „noblen“ Herrn Namens August Wieniaszewski in Pnarnisko bei Rzeszow haben vor 80 Jahren in vier Hütten vier Bauernfamilien zugelassen, mit der Verpflichtung, 72 Tage im Jahre dem adeligen Herrn unentgeltlich zu robotten.

beim Gericht zu verklagen, dann war für so einen armen Kerl die Frau Gräfin nie zu sehen, dann ist sie abgereist gewesen, und der Mann wartet auf sein Geld 27 Jahre. Er klagte sein Leid aller Welt; Niemand rührte sich für ihn, jetzt ist er zu den Socialdemokraten gekommen, und sie werden ihm schon gewiß Rath schaffen.

Der schweizerische Bundespräsident Jomp, der Chef des eidgenössischen Eisenbahndepartements hat der in Bern tagenden Commission für Eisenbahnverstaatlichung einen neuen Verfassungsartikel eingereicht, nach welchem die Eidgenossenschaft die Eisenbahnen auf dem Wege der Expropriation verstaatlichen kann.

Das französische Ministerium ist vor einigen Tagen ob seiner Thätigkeit sehr belobt worden von seinem eigenen Ministerpräsidenten. Bei dem vom Ausstellungscomitee zu Ehren des Ministerpräsidenten Ribot veranstalteten Bankett hielt dieser eine Rede, in der er, wie bürgerlichen Blätter melden, auf das von dem gegenwärtigen Cabinet vollzogene Werk einen Rückblick warf.

Arbeiterbewegung.

Die Barbier und Friseur Braunschweigs befinden sich seit 7 Wochen im Kampfe mit den Unternehmern, um einen wöchentlichen Lohn von 6 Mk. (bei freier Station) und die Anerkennung des Gehilfen-Arbeitsnachweises zu erreichen.

ganz Deutschland die dringende Aufforderung, bis auf Weiteres kein Engagement in Braunschweig anzunehmen, und die Parteigenossen überall werden ersucht, mit dafür zu sorgen, daß kein Barbier und Friseur in Braunschweig Arbeit nimmt.

Die deutschen Maurer werden dringend ersucht, nach Bergen (Norwegen) keine Arbeit auf Beschreibung anzunehmen, da dort die Arbeit höchstens vier Sommermonate dauert und außerdem Arbeitskräfte genügend vorhanden sind.

Zu Gunsten der Schiffen beendet ist der Streik der Weisgerber der Rödelschen Handschuhfabrik in München. Die Textilarbeiter Fürths warnen vor Zuzug von Bandwirfern, da eine Lohnherabsetzung angekündigt und ein Colledge gemapregelt worden ist.

Die Bauhandwerker Nürnbergers stehen mit ihren Forderungen vor der Entscheidung und ersuchen deshalb um strenge Vermeidung des Zuzugs. Die Steinarbeiter werden ersucht, bis auf Weiteres in Stadhagen und Münchshagen, sowie in der Herrenleithe bei Pirna i. S. und bei dem Steinmeihermeister Gruber in Kassel nicht in Arbeit zu treten.

Die organisierten Schmiede Deutschlands halten zu Pfingsten in Hamburg ihre fünfte ordentliche Generalversammlung ab.

Eine Genossenschaftsbuchbinderei hat in Wien eine größere Zahl Buchbinder zu errichten beschlossen. Es handelt sich dabei um einen fabrikmäßigen Betrieb, ohne den es den Arbeitern natürlich noch schwerer als sonst fallen würde, mit den capitalkräftigen Bürgerlichen zu concurriren.

Gerichtliches.

Bescheidenheit nützt Dir nicht viel, d'ram wenn Du stiehst, dann kehle viel, möchte man als Motto einem Gerichtsurtheil voranstellen, das kürzlich vom Hamburger Schöffengericht gefällt wurde. Eine bisher völlig unbescholtene fünfzehnjährige Arbeiterin war wegen Diebstahls verschiedener alter Kleidungsstücke aus der Wohnung ihrer Logiswirthin angeklagt.

D, diese Mädchen! (Humor im Berliner Schöffengericht.) Bringen Sie mir bloß schnell ein Glas Wasser, sonst kann er find, der mir uf die Stelle der Schlaach rührt! Nachdem sie getrunken, weicht die beängstigende Röthe aus dem runden nicht unschönen Gesicht, die Augen blicken wieder recht energig.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

aus dem Invalidenfonds zu befriedigen seien. Was ihm nicht gefalle an der Vorlage, sei die Bestimmung, daß über die Bewilligung der Beihilfen im Verwaltungswege zu entscheiden sein solle. Der Landrath werde da leicht die Socialdemokraten für unwürdig erachten. Viel richtiger scheine es ihm, die Entscheidung den Bezirkscommandos zu übertragen.

Generallieutenant v. Spitz erklärt sich damit einverstanden, daß statt der unwürdigen Lebensführung etwa anstößiger Lebenswandel als Ausschließungsgrund hingestellt werde. Die vom Abg. Singer aber befürwortete Erhöhung der Beihilfen würde das Gesetz vielleicht ernstlich gefährden.

Abg. v. Leipziger (cons.) erklärt, daß seine Freunde ganz und voll für die Vorlage eintreten würden und die Bedenken des Abg. Singer nicht als berechtigt anerkennen könnten. Die Socialdemokraten regten immer erhöhte Bewilligungen an, sie sorgten aber nie für die Bewilligung der Mittel dazu.

Abg. Dr. Pachnicke (freis. Vereinig.) steht mit seinen Freunden der Vorlage freundlich gegenüber und erklärt sich gegen die Erhöhung der Beihilfen, da dadurch immer gleich Hunderttausende in Anspruch genommen würden.

Abg. v. Schoening (cons.) plaidirt für die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. Beckh (fr. Volksp.) tritt im Interesse des Bestandes des Gesetzes ebenfalls um unveränderte Annahme.

Abg. Dr. Foerster (Reformp.) steht der Vorlage im Princip sympathisch gegenüber, möchte aber an die Stelle der gnadenweisen Bewilligung einen rechtlichen Anspruch auf die Bewilligung gesetzt sehen.

Damit schließt die erste Lesung. Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung der Vorlage.

Art. I setzt das Princip der oben angegebenen Bewilligungen fest, sowie die Uebernahme bisheriger Gnadenbewilligungen aus dem Dispositionsfonds des Kaisers auf den Invalidenfonds, endlich die Gewährung von Beihilfen an Unteroffiziere und Mannschaften, die am 70. J. Krieges ehrenvollen Antheil genommen haben.

Abg. Richter (freis. Volksp.) behält sich für die dritte Lesung einen Antrag vor, um im nächsten Etat die Summe über 100,000 Mark hinaus zu erhöhen. Außerdem halte er es für richtig, die Gemeinden zu einer Erhöhung der Beihilfen heranzuziehen.

Abg. Singer beantragt, das Wort „ehrenvollen“ zu streichen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt sich gegen den Antrag Singer, schließt sich aber den von Abg. Richter gegebenen Anregungen durchaus an.

Abg. Dr. Foerster kann sich auch nicht für den Antrag Singer aussprechen, da das Wort „ehrenvollen“ kein Mißverständnis darüber aufkommen lasse, daß damit alle gemeint seien, die sich nichts Unehrenschaftes hätten zu Schulden kommen lassen.

Abg. Singer bemerkt zu seinem Antrage, das Wort „ehrenvollen“ sei hier vollkommen überflüssig; lasse man es stehen, so würde es einer besonderen Interpretation bedürfen.

Abg. Dr. Bachem kann letzteres nicht anerkennen und bittet, das Wort stehen zu lassen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf befürwortet die Beibehaltung des Wortes, auf Grund dessen nur diejenigen ausgeschlossen sein sollten, die sich des Plünderens, Marodirens u. s. w. schuldig gemacht hätten.

Abg. Singer erklärt sich durch diese Erklärung für befriedigt und zieht seinen Antrag zurück.

Art. I wird darauf unverändert angenommen. Ebenso ohne Discussion Art. II.

Art. III setzt den Betrag der Beihilfen auf jährlich 120 Mark fest und stellt einige Ausschließungsgründe fest.

Abg. Singer beantragt den Betrag auf 360 Mark zu erhöhen und die Bestimmung zu streichen, daß Personen ausgeschlossen sein sollen, welche nach ihrer Lebensführung der beabsichtigten Fürsorge als unwürdig anzusehen sind.

Abg. Singer begründet den ersten Antrag mit dem Hinweis, daß es unmöglich sei, selbst auf dem Lande mit 10 Mark zu leben. Die Großgrundbesitzer, die so hohe Liebesgaben hätten, könnten trotz derselben auf dem Lande nicht auskommen.

Abg. v. Kardorff erwidert, die 120 Mk. solle nur eine Beihilfe sein, da man annehmen könne, daß die meisten Invaliden noch besondere Hilfsquellen hätten.

Abg. Lenzmann beantragt, in der im Antrag Singer erwähnten Bestimmung statt „nach ihrer Lebensführung“ zu setzen: „wegen ihres anstößigen Lebenswandels.“

Die Anträge Lenzmann und Singer werden abgelehnt, die angefochtene Bestimmung wird unverändert angenommen.

Bei gleicher Anwartschaft soll für den Vorzug in nachfolgender Reihenfolge in der Regel entschieden:

- a) Auszeichnung vor dem Feinde,
- b) die früherer Feldzugsperiode, an welcher der Bewerber theilgenommen hat,
- c) das höhere Lebensalter.

Nach kurzer Discussion wird diese Bestimmung unverändert angenommen. Ebenso der ganze Art. III und schließlich Art. IV ohne Debatte.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine von Feldweibel abwärts.

§ 1 stellt die Personen fest, welche Anspruch auf Fürsorge haben sollen.

Abg. Harm (Soc.) beantragt, die Fürsorge auch auf uneheliche Kinder und auf diejenigen Hinterbliebenen auszudehnen, deren Ernährer in Folge eigener Verschuldung gestorben ist.

Abg. Dr. Bachem widerspricht diesem Antrage, da es durchaus notwendig sei, eine bestimmte Grenze zu ziehen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) spricht sich für den zweiten Theil des Antrages Harm aus, nicht aber für den auf die unehelichen Kinder bezüglichen, da dieser zu unberechenbaren Konsequenzen führen müsse.

Abg. Dr. Bachem erklärt sich nunmehr gleichfalls mit dem zweiten Antrag Harm einverstanden.

Staatssecretär Graf Posadowsky glaubt, die Regierungen würden gegen die Annahme dieses Theiles des Antrages Harm nichts einzuwenden haben.

Der Antrag Harm, die unehelichen Kinder betreffend, wird abgelehnt, der Antrag Harm betr. die Ausdehnung der Fürsorge auf Hinterbliebene von durch eigene Verschuldung Gestorbene dagegen angenommen. Mit der dadurch herbeigeführten Aenderung wird schließlich § 1 angenommen.

§ 2 setzt das Wittwengeld auf 160 Mark; das Waisengeld auf 32 Mark für jedes Kind fest.

Abg. Harm und Stadthagen (Soc.) beantragen, das Wittwengeld auf 450 Mark zu erhöhen.

Generallieutenant v. Spitz bittet diesen Antrag abzulehnen, da ein so hohes Wittwengeld nicht einmal die Wittve eines Lieutenants habe. Würde der Antrag angenommen, so müßten die gesammten Pensionsgesetze entsprechend geändert werden.

Abg. Dr. Bachem hält diesen Grund allein für durchschlagend, denn die Konsequenzen des Antrages würden viele Millionen kosten.

Abg. Dr. Förster will sich, um das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen, auch lieber mit dem geringeren Satz begnügen. Die Socialdemokraten hätten sich auf eine Resolution beschränken sollen.

Der Antrag Harm-Stadthagen wird abgelehnt, § 2 unverändert angenommen. Der Rest des Gesetzes gelangt debattelos zur Annahme.

In dritter Lesung wird alsdann das Ausführungsgesetz zum Zolltariff mit Oesterreich-Ungarn debattelos und unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betr. den Bestand der Bundesstaaten bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen.

§§ 1 und 2 werden debattelos angenommen.

§ 3 setzt u. A. fest: Die Gewährung des Bestandes kann behufs Abwendung einer Doppelbesteuerung verweigert werden. Auch dieser Paragraph wird unverändert angenommen. Ebenso § 4.

Bei § 5 (Competenz der Behörden bei Einwendungen etc.) beantragt

Abg. Krüger (natl.) den Absatz 1 wie folgt zu fassen:

„Ueber die Zulässigkeit des Bestandes über Einwendungen, welche die Art und Weise der Bestandsleistung betreffen, sowie über die Veragung der Bestandsgewährung im Falle des § 3 Absatz 2 entscheiden die zuständigen Behörden desjenigen Bundesstaats, welchem die ersuchte Stelle angehört.“

Staatssecretär Nieberdingk erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

§ 5 wird darauf mit dem Antrag Krüger angenommen und der Rest des Gesetzes debattelos genehmigt.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungscommission.

Für gültig werden, den Anträgen der Commission entsprechend, die Wahlen der Abg. Limburg-Sturum (cons. 3. Breslau), Rimpau (natl. 8. Magdeburg), Dr. Hammacher (natl. 6. Düsseldorf), Bohm (fr. Wp. 3. Potsdam) und Frhr. v. Malhan (cons. 4. Mecklenburg-Schwerin) erklärt.

Das Gesetz über die Controle des Reichshaushalts za. für 1894/95 und die Uebersicht über die Reichsausgaben und Einnahmen für das Statsjahr 1893/94 werden debattelos in dritter Lesung genehmigt.

Schließlich werden noch eine Reihe von Petitionen ohne besonderes öffentliches Interesse gemäß den Anträgen der Petitionscommission erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Antrag Richter auf Abänderung des Wahlgesetzes; Antrag Lutz und Genossen betreffend Heimstätten; Antrag Groeber betreffend Aenderung der Concursordnung).

Schluß 5 Uhr.

Locales.

Breslau, den 15. Mai 1895.

* Gegen die Breslauer Studenten, die den Protest gegen die Umsturzvorlage unterschrieben hatten, sollte, wie vor einigen Tagen berichtet wurde, auf Grund einer Verfügung des Cultusministers ein Disciplinarverfahren eingeleitet werden. Am Sonnabend nun beschäftigte sich der Senat der hiesigen Universität mit dieser Verfügung, und wie die

Die wichtige Rolle des Staubes in der Natur.

Der Staub, der in gesundheitlicher Beziehung als gefährlicher Feind des Menschen und auch sonst als sehr lästige Erscheinung überall bekämpft und gemieden wird, spielt bei den meisten Vorgängen in der Atmosphäre eine außerordentlich wichtige Rolle. Der Staub ist es, welcher den Himmel blau erscheinen läßt. Das Licht geht unsichtbar durch alle Gase hindurch, gleichgültig, von welcher chemischen Zusammensetzung sie sein mögen. Da ist es denn der Staub, welcher das Licht auffängt, es in jeder Richtung zurückwirft und die Ursache bildet, daß die ganze Atmosphäre blau erscheint, ähnlich wie er den Sonnenstrahl in einem dunklen Raume sichtbar macht. Ohne Staub würde es also niemals ein blaues Himmelsgewölke geben, der Himmel würde so dunkel oder noch dunkler sein, als in den schönsten mondlosen Nächten. Unmittelbar auf diesem dunklen Hintergrunde würde die Sonne als glühende Scheibe stehen und ein scharfer Gegensatz auf der erleuchteten Erde herrschen: blendendes Licht, wo die Sonnenstrahlen niederfallen, und tiefe schwarze Schatten, wo dies nicht der Fall ist, denn das zerstreute Tageslicht fällt dann weg. Nur das Licht des Mondes und der Sterne, welche ohne den Staub in der Atmosphäre an dem schwarzen Himmel auch den Tag über sichtbar bleiben, würde diesen Gegensatz in leichtem Grade abzuschwächen vermögen. — Wenn nun der Staub den Himmel hell erscheinen läßt, warum ist denn die Farbe des Himmels blau? Warum wirft der Staub von den verschiedenen Bestandtheilen des weißen Sonnenlichts

gerade das Blau eher als das Grün, Gelb oder Rot) zurück? Nach Dr. Lenard, dessen Forschungen über die Rolle des Staubes Professor Dr. R. Abmann in seiner meteorologischen Monatschrift für Gebildete aller Stände „Das Wetter“ (Otto Salle in Braunschweig) wiedergibt, hängt dies mit der Größe der Staubtheilchen zusammen. Nur der feinste mikroskopische Staub sinkt so langsam abwärts, daß er durch die Luftströmungen überallhin verbreitet werden kann und beständig in allen Schichten der Atmosphäre schwebt. Nur diese feinsten Theilchen sind von besonderer Wichtigkeit, denn die größeren fallen bald zu Boden. Dieser feine atmosphärische Staub enthält nun viele Theilchen, welche groß genug sind, um die kurzen blauen Lichtwellen noch zurückwerfen zu können, grüne und gelbe schon weniger, während sie zur Reflexion der langen rothen Wellen zu klein sind. Demgemäß geht das rothe Licht meist ohne jegliches Hinderniß vorwärts, während das blaue mehr zerstreut wird und so das Auge erreicht. Eine ähnliche Erscheinung, nur in größerem Maßstabe, zeigt sich auf Wasser, auf welchem kleine Holzstückchen schwimmen. Diese Holzstückchen stehen zu den Wasserwellen in derselben Beziehung, wie die Staubtheilchen zu Aetherwellen: Die großen langen Wellen werden durch die Stückchen nicht aufgehalten, sie lassen letztere auf- und niederzucken, während die feineren Wasserwellen zurückgeworfen werden, als ob die Holzstückchen feste Mauern wären. Je höher wir in die Atmosphäre hinaufkommen, desto feiner wird der Staub, desto weniger grober Staub, der den Himmel über den großen Städten oft grau erscheinen läßt, findet sich in der Luft. Auf Bergen haben wir den weißen Staub unter uns, schon we

die verdünnte Luft nur die feinsten umherschwebenden Theilchen zu tragen vermag. Daher ist der Himmel auf hohen Bergen klar und tiefblau, nur wenn wir nach den niedrigen Lagen hinblicken, gegen den Horizont hin, geht die Farbe ins Graue über. Warum hat der Himmel in Italien und in den Tropen ein tieferes Blau als bei uns? Ist der Staub dort feiner? Allerdings, jedoch nicht etwa feiner in der Art. In dem feuchten Klima unserer Gegend vermag der Staub sich nicht lange in der Luft zu bewegen, ohne sich mit Wasser zu beladen und dadurch gröber zu werden, während in dem trockenen Klima der wärmeren Länder die Luft weniger mit Wasserdampf gesättigt ist und dieser sich deshalb nicht so leicht als Flüssigkeit auf dem Staube niederschlägt. Ohne Staub würde es keine Wasserverdichtung in der Luft geben: keinen Nebel, keine Wolken, keinen Regen, keinen Schnee. Die einzige verdichtende Fläche würde die Oberfläche der Erde sein. Dann würden die Bäume und Pflanzen, die Mauern der Häuser zu tropfen beginnen, wenn Abkühlung in der Luft einträte. Im Winter würde Alles mit einer dicken Eiskruste bedeckt sein. All das Wasser, welches wir für gewöhnlich in Regengüssen oder in Schnee niederfallen sehen, würde auf diesem Wege sichtbar werden; fogl. beim Heraustrreten aus der Thür wäre es zu fühlen, daß unsere Kleidung durch und durch naß würde. Regenschirme würden nutzlos sein. Die mit Dampf gesättigte Luft würde in das Innere der Häuser einbringen und ihr Wasser auf alle Gegenstände in denselben niederschlagen. Kurz, man könnte sich schwer einen Begriff davon machen, wie Alles anders sein würde, wenn sich nicht überall in der Luft Staub in so unermesslichen Mengen befände!

„Bresl. Ztg.“ erfährt, wurde in dieser Sitzung ein Bericht an den Minister beschlossen, in welchem vorgeschlagen wird, daß gegen die Studenten, die nur gethan haben, was ihnen erlaubt worden war, keine Disciplinaruntersuchung eingeleitet werden konnte. Die ganze Angelegenheit endet also mit einem Fiasco des Herrn Dr. Boffe.

* Zur Berufs- und Gewerbezahlung. Nach Anordnung des Ministers des Innern dürfen Veranstaltungen, welche die ordnungsmäßige Ausführung der am 14. Juni d. J. vorzunehmenden Berufs- und Gewerbezahlung in einzelnen Orten oder für einzelne Berufsklassen gefährden können, namentlich öffentliche Versammlungen und Feste, Jahr-, Kram- und Viehmärkte u. in der Zeit vom 12. bis 15. Juni nicht stattfinden. Es sind deshalb u. a. die für den 12. Juni angelegten Viehmärkte in den Städten Nicolai und Rosenberg OS. auf den 19. Juni verlegt worden.

* Die Einfuhr von Rindvieh aus Galizien ist, vor einigen Tagen für die Regierungsbezirke Breslau und Oppeln auch für den Regierungsbezirk Liegnitz untersagt worden.

* Ein neues Adreßbuch von Breslau gelangt seitens der „Gansa“, Stadtbriefbeförderung in Breslau, heut zur kostlosen Ausgabe. Dasselbe enthält ein Verzeichniß von Adreßveränderungen, welche nach November v. J. erfolgten. Dem Adreßbuch sind inwischen eingetretene Veränderungen von Behörden (Eisenbahnverwaltung), sowie allgemein interessirende Umrechnungen, Gesetze und Tarife u. beigegeben. Jeder Interessent ist berechtigt, ein solches in den Bureau der „Gansa“ zu fordern. Die Ausgabe eines vollständigen Adreßbuches zu einem außerordentlich mäßigen Preise erfolgt ultimo dieses Jahres.

v. Tod durch Cholera als mittelbare Folge eines Betriebsunfalls. Ein selbstversicherter landwirthschaftlicher Betriebsunternehmer hatte durch Betriebsunfall eine Verletzung der linken Hand erlitten, in Folge deren der Mittelfinger abgenommen werden mußte und die übrigen Finger der Hand steif wurden. Um eine höhere Gebrauchsfähigkeit herbeizuführen, wurde seitens der entschädigungspflichtigen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft die Unterbringung des Verletzten in einer medico-mechanischen Anstalt zu Hamburg angeordnet. Kurz nach seinem am 15. August 1892 erfolgten Eintritt in die Anstalt brach in Hamburg die Cholera aus, von welcher auch der Vermunglückte ergriffen wurde und ihr am 29. August desselben Jahres erlag. Die Berufsgenossenschaft zahlte zwar die Verpflegungs- und Beerdigungskosten, lehnte aber die Gewährung von Renten an die Hinterbliebenen ab, weil der Tod in keinem ursächlichen Zusammenhange mit dem erlittenen Betriebsunfall gestanden habe, der Verstorbene vielmehr einer Gefahr des gemeinen Lebens zum Opfer gefallen sei. Das Reichsversicherungsamt hat jedoch die Entschädigungsansprüche der Hinterbliebenen anerkannt. Aus der Begründung führen wir Folgendes an: Nach den vom Reichsversicherungsamt in dauernder Spruchübung ausgebildeten Grundbegriffen ist die Körperverletzung oder der Tod eines Versicherten als die auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze zu entschädigende Folge eines Betriebsunfalls dann anzusehen, wenn Unfall und Verletzung bzw. Tod in einem ursächlichen Zusammenhange mit einander stehen. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht nur dann gegeben, wenn der Unfall die unmittelbare Ursache der Körperbeschädigung ist, diese also aus den unmittelbaren Folgen des Unfalls nach der Körperbeschaffenheit des Verletzten sich von selbst entwickelt, sondern auch dann, wenn die Körperbeschädigung nur eine mittelbare Folge des Unfalls ist, sei es in der Weise, daß dieselbe ihren Grund hat in einer an sich vom Unfall unabhängigen neuen Krankheit, deren Entstehung aber bei dem Verletzten durch die natürlichen Folgen des Unfalls in besonderem Maße begünstigt worden ist, oder in der Weise, daß die Körperbeschädigung durch besondere, äußerlich betrachtete, von dem Unfall und dessen unmittelbaren Folgen zunächst unabhängige Umstände herbeigeführt wird, deren schädlichen Einwirkungen der Verletzte aber erst durch den Unfall und seine Folgen in einem das Ergebnis wesentlich mitbestimmenden Maße ausgesetzt worden ist. Der Entschädigungsanspruch der Hinterbliebenen des Versicherten mußte aus diesen Erwägungen anerkannt werden. Die von der beklagten Berufsgenossenschaft angeordnete Unterbringung des Verletzten in der medico-mechanischen Anstalt zu Hamburg, welcher sich dieser ohne die Gefahr eines Rechtsnachtheils nicht entziehen konnte, sei als eine aus dem Betriebsunfall fließende Maßnahme anzusehen, und diese Maßnahme sei es, welche unter den Verhältnissen des vorliegenden Falles nicht bloß den äußeren Kausalzusammenhang zu der Cholera, sondern die

wesentlich hierzu mitwirkende Bedingung bildete. Der Versicherte wohnte fern von Hamburg in einem Orte, welche regelmäßige gesundheitliche Verhältnisse aufwies, und lediglich jene Anordnung der Berufsgenossenschaft führte ihn nach Hamburg, wo bekanntlich die Seuche um diese Zeit eine solche Verbreitung erlangt, daß die Gefahr, von derselben angesteckt zu werden, für jeden sich daselbst Aufhaltenden vorhanden war.

* Stadt-Theater. Als letzte Vorstellung geht heute Wagners Oper „Der fliegende Holländer“ in Scene.

* Sommer-Theater bei Liebig. Heute Mittwoch findet das vorletzte Auftreten von Jenny Broch in Dellingers „Die Chansonette“ statt; morgen Donnerstag geht neu einstudirt Zellers „Der Vogelhändler“ in Scene, worin von den neuengagierten Kräften zunächst Frä. Therese Korzan als „Brief Christe!“ debütiert.

* Die Abbrucharbeiten der alten Festungsmauern in der Neuen Gasse gehen ziemlich langsam vorwärts. Die Mauern sind so fest, daß Meißel und Brechstange mit der größten Anstrengung gehandhabt werden müssen. Auf dem Grundstücke Nr. 9 werden bei Gelegenheit der Ausschachtung Maschinen in ziemlicher Anzahl vorgefunden, die sämmtlich noch gut erhalten sind.

* Vom Umgehungs canal. Am 13. April sind die Arbeiten von der Rosenthaler Brücke abwärts bis kurz oberhalb der Gröschelbrücke begonnen worden. Dieselben werden durch die Tiefbau-Firma B. Wittkop in Braunschweig ausgeführt. Die Arbeiten vom Strauchwehr abwärts bis zur Hundsfelder Brücke sollen in allernächster Zeit in Angriff genommen werden. Auch diese Arbeiten sind der obengenannten Firma übertragen worden.

* Ueber ein Feuer in Rosenthal wird berichtet: Am 14. d. M., Mittags, entstand in einem Stuppen der hinter dem Dorfe Rosenthal gelegenen Schiller'schen Ziegelei auf noch nicht aufgeklärte Weise ein Feuer. Es liegen in einer Reihenfolge 15 langgestreckte Ziegelschuppen neben einander und der erste an der Chaussee befinliche Schuppen war es, den das Feuer erfaßt hatte. Das von der Sonne ausgetrocknete Holzgerüste spendete dem Feuer so gute Nahrung, daß sich, trotzdem das Feuer nicht besonders umfangreich war, eine Feuergarbe entwickelte, die vom Wächter des Elisabeththurmes wahrgenommen wurde. Dieser theilte die Nachricht von dem Brande der Feuerwehre mit, die in Folge dessen sofort die Landspitze nach Rosenthal zur Hilfeleistung schickte. Die Spritze traf kurz vor 1 Uhr an der Ziegelei ein. In Gemeinschaft mit anderen Spritzen wurde der Brand auf seinen Herd beschränkt und gelöscht. Das Dach des Schuppens ist in größerer Ausdehnung vom Feuer beschädigt worden.

* Das Wasser der Ober ist in Folge der trockenen Witterung sehr abgefallen, es liegen in Folge dessen die Ober abwärts schon in allen Eden und Gaden zu schwer beladene Fahrzeuge fest.

* Unglücksfälle. Am 11. d. Mts. stift ein Schneider auf dem Hofmarkt über eine am Boden liegende Apfelsinenschale aus und kam zu Falle, wodurch er sich einen Bruch des linken Oberarmes zuzog. Der Verunglückte wurde dem Albrecht'schen Hospital zugeführt. — In einem Hause an der Friedrich-Wilhelmstraße waren am Freitag voriger Woche Maler mit Streichen beschäftigt. Ein 3 Jahre altes Knabe kam hinzu und trat aus einem der Malern gehörenden Gefäß, in dem sich Kaltwasser befand. Der Knabe zog sich dadurch Verbrennungen im Munde zu.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängniß wurden am 13. d. Mts. 59 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: Ein brauner Sommerüberzieher, ein Trauring, gr. M. G. 1884, eine Brosche mit Brillanten, ein Schmuckstück, zwei Portemonnaies mit 9,50 und 30 Mark, eine goldene Brille, ein goldenes Kinnring, ein goldenes Medaillon. — Gestohlen wurde ein silbernes Armband, ein Siegelring, eine goldene Damenuhr, Nr. 8721.

Schlesien.

* Eine neue nette Paris wird durch eine Bekanntmachung der Regierung zu Oppeln enthält. Sie lautet:

„Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß gewissenlose Agenten in Oberschlesien häufig Stellung als Diener, Hausmädchen u. in Berlin unter falschen Namen 120—150 und darüber verdienen und den angesehnen Personen, die vielfach zur polnisch-leben und vertheilt, fng vor der Abreise einen in deutscher Sprache abgefaßten Meccas zur Unterstützung vorlegen, durch welchen sich die Betroffenen verpflichten, Sanitätsarbeiten durchzuführen beziehungsweise Kosten zu zahlen“

und die Reisekosten zu erstatten, falls sie nicht ein Jahr lang in dem ihnen vermittelten Dienste aushalten. Dieser Meccas pflegt kaum gelesen oder doch nicht verstanden zu werden. Auf Grund desselben aber werden die Angeworbenen von Berlin aus zur Landarbeit vermiehet, im Weigerungsfalle werden ihre Legitimations-Papiere und Habeligkeiten mit Beschlag belegt, auch wird oft körperlicher Zwang angewendet. Indem ich im Hinblick auf dieses Treiben und auf die Unerfahrenen hieraus erwachenden mannigfachen Gefahren vor dem unbedachten Zugzuge von Diensthöten nach Berlin hiermit ernstlich warne, mache ich zugleich darauf aufmerksam, daß der Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend in Berlin N., Borstgasse 5, neuerdings eine besondere Commission gebildet hat, welcher die Aufgabe gestellt ist, den nach Berlin zuziehenden weiblichen Diensthöten rathend und helfend beizustehen. Die mir unterstellten Behörden veranlasse ich, weibliche Diensthöten, welche sich nach Berlin abmelden, hierauf ausdrücklich hinzuweisen. Der Regierungs-Präsident (gez.) v. Bitter.“

In der That haben auch schon bürgerliche Blätter zugestehen müssen, daß zahlreiche Knechte und Mägde von Oberschlesien nach Pommern und Brandenburg das Land verdungen werden unter Contracten, die oftmals danach aussehen, als ob man Sklaven gekauft hätte. Aber das Mittel, welches Herr v. Bitter dagegen empfiehlt, dürfte seine Wirkung gänzlich verfehlen. Der empfohlene Verein besteht aus orthodox-protestantischen Geistlichen und deren Klientel, und inwiefern dieser Personenkreis die Mädchen gegen die Sklavenagenten und Sklavenlieferanten der auchfrommen Agrarier schützen kann und will, mag sich der Leser selbst überlegen.

B. Liegnitz, 14. Mai. Eine am 8. Mai hier abgehaltene Parteiverversammlung, in welcher zwei Genossen aus Gagnau anwesend waren, hatte sich mit der an Ostern in Goldberg stattgefundenen Konferenz zu beschäftigen. Der Vertrauensmann, Genosse Hellig, berichtet hierzu, daß ihm von Gagnau die Aufforderung zugegangen sei, eine Konferenz nach hier einzuberufen, er habe dies aber abgelehnt mit Rücksicht auf das Verhalten der Goldberger und Gagnauer Genossen auf den früheren Konferenzen, speciell auf der letzten, wo sie, weil ein Antrag von ihnen nicht angenommen wurde, die Konferenz mit der Erklärung verließen, mit den Liegnitzern nicht mehr arbeiten zu können. Darauf sei die Konferenz in Goldberg abgehalten worden, zu deren Beschlüssen die heutige Versammlung Stellung zu nehmen habe. Nach Verlesung der betreffenden Beschlüsse und der Erklärung des Vertrauensmannes, Genossen Conrad, daß er mit Hellig einverstanden sei, bemerkten die Gagnauer Genossen, daß sie gekommen seien, um den Versuch zu machen, ein Einverständnis zu erzielen, denn auch die Gagnauer und Goldberger wollten nicht, daß es hier ebenso kommen solle, wie in Solingen. Die Reibereien seien nur dadurch hervorgerufen worden, daß bei den Konferenzen Liegnitz durch 7, Gagnau durch 4, und Goldberg durch 3 Delegirte vertreten gewesen sei und Liegnitz demnach immer das Uebergewicht gehabt hätte. — Nach längerer Debatte an welcher sich eine größere Anzahl der anwesenden Genossen betheiligte, wurde folgender Antrag angenommen: „Die heutige Parteiverammlung erklärt sich mit dem Verhalten der hiesigen Vertrauensmänner betreffs der Wahlkreis-Konferenz einverstanden und spricht ihnen weiteres Vertrauen aus.“ Betreffs der Beschlüsse der Konferenz erklärten die Gagnauer Genossen, sie müßten daran festhalten, während von hier folgende Stellung dazu genommen wurde: 1. Bezüglich der Reichstagscandidatur wurde gegen 2 Stimmen, denen die Normirung als verfrüht erschien, Genosse Bruhn s in Breslau als Candidat aufgestellt, nachdem die Gagnauer Genossen ein Schreiben von Dr. Winn-Berlin vorlegten, in welchem letzterer eine weitere Candidatur ablehnt. 2. Die Anstellung eines Wahlkreis-Vertrauensmannes ist einstimmig abgelehnt worden. 3. Die Frage der Bescheidung des deutschen Parteitages mit 3 Delegirten des Wahlkreises auf gemeinschaftliche Kosten wurde offen gelassen. 4. Die Bescheidung der nächsten Wahlkreis-Konferenz soll in der Weise erfolgen, daß jede der drei Städte 4 Delegirte entsendet, weiteres in der Sache hat dann diese Konferenz zu beschließen. — Hoffen wir, daß nun, da die Liegnitzer Genossen, hauptsächlich in dem letzten Punkte den Wünschen der Goldberger und Gagnauer Genossen so weit wie möglich entgegenkommen sind, endlich einmal die alten Streitigkeiten für immer begraben werden und sich beide Theile mit dem nöthigen Vertrauen begegnen. Nur Einigkeit macht stark und führt uns zum Ziele!

A. Görlitz, 11. Mai. In der letzten regelmäßigen Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins, die am Montag, den 6. Mai im Concerthause tagte, hielt Genosse Keller einen interessanten Vortrag über den Krieg zwischen Japan und China und seine Folgen für die Weltwirtschaft. Nach einigen einleitenden Worten über die Unklartheit des Krieges führte Redner aus, daß das Hauptgewicht des vor kurzem geschlossenen Friedens in der von Japan angestrebten Interessengemeinschaft der beiden mangelhaften Staaten liege. Im fernem Osten sei eine Weltmacht geboren, und nicht bloß eine politische, sondern auch eine industrielle Weltmacht; eine vollständige Verknüpfung der Macht- und Marktverhältnisse werde eintreten. Es habe bei den europäischen und amerikanischen Industriellen große Freude geherrscht über die Niederlage der Chinesen, glaubten sie doch, daß ihnen nun ein ungeheures Absatzgebiet erschlossen wird. Aber sie vergaßen dabei, daß Japan entschlossen war, China industriell und commercieel zu erobern, nachdem es dasselbe militärisch bezwungen. Wenn die Chinesen in den Strom des japanischen

Fortschritt hineingerissen werden, so ginge nicht bloß der asiatische Markt für die Industriestädte von Europa und Amerika verloren, sondern wir hätten dann auch die asiatische Konkurrenz auf dem europäischen amerikanischen Markt. Und was das bei der großen Billigkeit und Güte der asiatischen Producte bedeutet, läßt sich leicht ausmalen. Aber die capitalistischen Völker Europas und Amerikas würden auch unter der Ueberschwemmung mit asiatischen Arbeitern zu leiden haben; hier ständen gewaltige Umwälzungen bevor. Ein verzweifelter Ringen würde in der nächsten Zeit auf dem Gebiete der Weltindustrie und des Welthandels beginnen, ein Wettstreit, dessen Ausgang nur die Vernichtung des Capitalismus sein könne. So wird der chinesisch-japanische Krieg die Auflösung der vom Socialismus durchdrungenen und bedrängten Gesellschaft des Capitalismus beschleunigen. Die Ausführungen des Vortragenden fanden allseitig lebhaft Zustimmung. Nach Erledigung einiger Localen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Aus den Nachbarprovinzen.

* **Posen, 14. Mai.** Die hiesige Strafkammer verurtheilte den fünfzehnjährigen Knaben Michael Rodzicki aus dem Vorort Jersik, der am 15. April im Verlaufe eines beim Spielen entstandenen Streites den vierzehnjährigen Josef Wierzbicki durch einen Messerstich ins Herz getödtet, zu einem Jahre Gefängniß.

Vereine und Versammlungen.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend. Für die am 13. d. M. abgehaltene Mitglieder-Versammlung hatte Genosse Bruno Geiser einen Vortrag zugelegt; er erklärte aber in derselben, durch seine schriftstellerische Thätigkeit für die Partei zu sehr in Anspruch genommen zu sein, so daß es ihm nur dann möglich wäre, einen wohlvorbereiteten Vortrag zu halten, wenn er früh genug darum ersucht würde. Genosse Geiser wirft sodann die Frage auf, warum sich so wenig Genossen finden, die gewillt sind, im Verein einen Vortrag zu halten und beantwortet dieselbe dahin, daß von den Genossen, die in ihrer größten Mehrzahl mit körperlicher Arbeit überlastet sind, nicht verlangt werden könne, noch umsonst für den Verein thätig zu sein. Redner schlägt darum vor, die Referenten mit 3 oder 5 Mk. pro Vortrag zu honoriren und bat die Versammlung, sich hierüber auszusprechen. Ferner stellte er den Antrag zur Discussion, in den Sommermonaten nur alle vier Wochen eine Vereins-Versammlung abzuhalten. Nach kurzer Erörterung dieser Vorschläge beschloß die Versammlung, daß fernerhin jeder Vortrag mit 3 Mark honorirt wird; der zweite Antrag wurde zurückgezogen. Im weiteren brachte Genosse Geiser wieder seine Sympathie für die Wanderversammlungen zum Ausdruck; dem hielten einige Genossen entgegen, daß so lange wir nicht in allen Stadttheilen Locale zur Verfügung haben, auch von der Veranstaltung von Wanderversammlungen abgesehen werden muß. Nachdem der Vorsitzende nochmals auf das am Sonnabend, den 18. Mai in der „Concordia“ stattfindenden Maifest hingewiesen und außerdem die Genossen ersucht hatte, sich noch zahlreicher als bisher der Siebener-Commissiön zur Verbreitung der „Volkswacht“ zur Verfügung zu stellen, schloß derselbe um 9³/₄ Uhr die Versammlung.

Gerichtliches.

* **Wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft** hat sich gestern der frühere Redacteur der eingegangenen „Ostwacht“, Hugo Kretschmer vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu verantworten. Am 10. Februar v. J. hatte der Angeklagte in einem Flugblatte, welches der „Ostwacht“ beilag, Auszüge aus dem Talmud, besonders aus dem Schulchan Aruch benannten Theile veröffentlicht. Die Auszüge besagen u. a., daß es den Juden erlaubt sei, den Krumm, Sternarbeiter (Heiden) zu betrügen, und daß die Juden einander darin zu unterstützen haben; für den Juden seien nur die Geheimgeetze des Judenthums gültig, nicht aber die Gesetze des Staates, in dem er lebe. Wer einen Juden verrathe, dürfe von den Juden umgebracht werden; der abtrünnige Jude dürfe getödtet oder durch List umgebracht werden, und das Geld der Krumm sei herrenloses Gut. Zum Schluß bemerkt der Verfasser des Flugblattes: „Ich beitrete hiernach den Juden, die diese Gesetze befolgen, das Recht, sich eine „Religionsgemeinschaft“ zu nennen und nenne sie eine international verschworene Betrügergesellschaft.“ Der Angeklagte bestritt, daß das Flugblatt sich gegen die Juden als Religionsgemeinschaft wende. Der Privatdocent Dr. Georg Beer bezeichnete in seinem Gutachten die im Flugblatt gegebenen Uebersetzungen als im allgemeinen richtig und führte aus, daß nach seiner Ansicht mit dem Ausdruck Krumm die Christen gemeint seien. Der andre

Sachverständige, Dr. Markus Brann (Lehrer am jüdisch-theologischen Seminar) setzte auseinander, daß das Flugblatt mehrfach unrichtige Uebersetzungen und den Juden ungünstige Sinnenstellungen durch unrichtige Deutung oder Herausheben kleinerer Sätze aus dem Zusammenhange enthalte. Die deutschen Juden ständen auf dem Standpunkt, daß für sie gerade aus Religionsgründen in erster Linie das Staatsgesetz gültig sei. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten für nichtschuldig, da er die Juden nicht als Religionsgesellschaft angegriffen hätte, und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängniß beantragt.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin, 14. Mai.** Die „Ordnungsorgane“ besonders die Bismarcksche Richtung, hegen unausgesetzt und planmäßig zu scharfen Ausnahmemaßregeln gegen den Umsturz. Ein Socialistengesetz empfiehlt auch die „Conserv. Corresp.“. Die Befämpfung der Umsturzpropaganda auf dem Boden des gemeinen Rechts habe weder im Volke noch im Parlamente Anklang gefunden.

— Eine Novelle zum Vereinsgesetz war Herr v. Köller bereit, dem Staatsministerium noch in dieser Landtagsession zu unterbreiten. Jetzt ist davon Abstand genommen worden. Herr v. Köller ist übrigens „zur Erholung“ nach Straßburg gereist.

— Im Reichstage sind die Bänke so schwach besetzt und giebt sich eine solche Unlust zu weiteren eingehenden Verhandlungen kund, daß selbst die conservative Partei nur noch mit einer Dauer der Session bis höchstens zum 25. Mai rechnet. Dr. Hintelen erklärte in der Justizcommission, daß der Reichskanzler in einer Unterredung ihm gestern mitgeteilt habe, der Bundesrath habe sich über den Schluß der Session noch nicht entschieden.

— **Hamburg, 14. Mai.** Dem „Hamb. Corr.“ versichert sein Berliner Gewährsmann, daß der Kaiser mit dem Gange der Beratungen in der Umsturzcommission durchaus unzufrieden war und seiner Umgebung gegenüber kein Hehl daraus machte. Er erklärte, daß er in seiner Eigenschaft als König von Preußen nimmermehr der Vorlage, wie sie die Commission ummodellte, seine Zustimmung geben werde. Trotzdem sei vorläufig von dem Rücktritte Köllers nicht die Rede.

— **München, 13. Mai.** In Langengenethenbach (Ober-Bayern) wurden durch Einstürzen einer Kießwand 15 Personen verschüttet. Ein Arbeiter und eine Dienstmagd blieben sofort todt, einem Arbeiter wurde der Brustkorb zerquetscht. Mehrere Personen erlitten Arm- und Beinbrüche.

— **Ulm, 14. Mai.** Reichstagsstichwahl. Hähle (Demokrat) wurde mit 9626 Stimmen gewählt. Ehmann (Freiconservativ) erhielt 7626 Stimmen. Das Mandat hatte bekanntlich vorher ein Nationalliberaler inne. Arme „Mittelparteiern“!

— **Wien, 14. Mai.** Da zu erwarten steht, daß der Antisemitenführer Dr. Rueger heute zum Vicebürgermeister gewählt wird, hat Bürgermeister Dr. Gröbl im fortschrittlichen Verband des Gemeinderaths erklärt, daß er sein Amt niederlegen wolle, da er ohne sichere Mehrheit es nicht mehr verwalten könne. Eine gleiche Erklärung gaben auch der erste und zweite Vicebürgermeister ab. Man erwartet, Dr. Rueger werde innerhalb der nächsten Tage zum Bürgermeister gewählt. Bei der später stattgehabten Wahl eines ersten Vicebürgermeisters lehnte der bisherige Vicebürgermeister Richter die auf ihn gefallene Wahl ab. Nach zwei weiteren ergebnislosen Wahlgängen wurde Dr. Rueger in engerer Wahl mit 65 Stimmen zum ersten Vicebürgermeister von Wien gewählt.

— **Lemberg, 14. Mai.** Zwischen hiesigen und von der Bahnverwaltung engagirten 500 masurenischen Bahnarbeitern kam es bei der Station Metato zu einem förmlichen Kampfe. Mehrere Stunden dauerte er und konnte nur durch ein starkes Aufgebot von Gendarmen unterdrückt werden. Auf beiden Seiten gab es viele Verwundete.

— **Suzern, 14. Mai.** Die Wahlen in den Großen Rath ergaben die bisherige ultramontane Mehrheit. Gewählt sind 89 Ultramontane, 41 Radicale, 1 Socialdemokrat. Vier Stichwahlen sind erforderlich. — Der Streik der Uhrmacher in Solothurn ist in Folge regierungsräthlicher Intervention durch einen Vergleich beigelegt. Die Arbeit wird Mittwoch wieder aufgenommen.

— **Rom, 14. Mai.** Gegen den Polizeicommissar Santoro, der antilige Papiere an Cavallotti auslieferte und nach Paris floh, ist ein Haftbefehl erlassen worden: die Auslieferung wird beantragt werden. Cavallotti erklärt, er habe noch weitere Enthüllungen über Crispi in der Reserve, die diesen vernichten würden. Die Geschichte scheint für Herrn Crispi recht windig zu werden.

— **Rom, 14. Mai.** In dem aus Holz erbauten, in dem neuen Viertel Dei Prati Castello gelegenen „Villegina Adriano“, woselbst gestern Abend das Ballet „Crescitor“ gegeben worden war, brach heute früh gegen 5 Uhr aus un-

bekannter Ursache ein Brand aus. Die Feuerwehr und eine Militärabtheilung, sowie die Behörden waren alsbald am Brandplatze, doch mißlangen alle Versuche, des Feuers Herr zu werden und das Theater brannte vollkommen nieder. Das Feuer sprang nach vier benachbarten Häusern über, deren Bewohner nur unter großen Schwierigkeiten gerettet wurden. Der entstandene Schaden ist beträchtlich.

— **London, 14. Mai.** Das Unterhaus hat nach dreitägiger Debatte den § 1 des Gesetzes über die Entlastung der Kirche in Wales mit 192 gegen 173 Stimmen angenommen.

— Die „Times“ meldet aus Pretoria (Transvaal): Im Bezirke Zoutpansberg steht ein Krieg gegen die Eingeborenen bevor. Der Oberhauptling Magata hat die Commission der Transvaal-Regierung aus seinem Lande fortgeschickt; auch der Stamm der Makatefe sammelte sich an verschiedenen festen Punkten. Die Eingeborenen sind meist mit ganz modernen Gewehren und Patronen versehen. Der Generalcommandant Joubert wird Abtheilungen von 8000 Weißen und 12.000 eingeborenen Verbündeten unter die Waffen rufen. Die Regierung beräth gegenwärtig über die Lage. Man glaubt, daß der Krieg sofort beginnen werde und ein halbes Jahr dauern dürfte.

— Bei Marton, unweit Leamington, fand heute ein Zusammenstoß zweier mit Bahnarbeitern besetzten Züge statt. Ein Arbeiter wurde sofort getödtet, 13 schwer verletzt, darunter mehrere lebensgefährlich.

— **Paris, 14. Mai.** Ein mit Reisenden besetzter Zug stieß gestern in der Nähe von Mantes (Departement Seine et Oise) auf mehrere leere Waggon. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Personen getödtet und sechs leicht verwundet.

— **Marseille, 14. Mai.** Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Socialist Flaissieres mit großer Majorität wiedergewählt.

— **Madrid, 14. Mai.** Die gesammte Presse der Opposition in Madrid protestirt heftig gegen die Gemeindevahlbeeinflussungen, die die Regierung besonders in der Hauptstadt veranlaßt hat. Das Ergebnis der Wahlen, behaupten die Blätter, sei auf diese Weise gefälscht worden.

— **Rio de Janeiro, 14. Mai.** Brasilien erkannte die italienischen Ersatzansprüche an. Das Protocol wird heute unterzeichnet werden.

— **Sonj, 14. Mai.** Der frühere koreanische Gesandte in Japan, Boshun, wurde wegen Mordes und Verrathes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. Gegen andere Beamte wurde die Todesstrafe ausgesprochen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. Mai.

Heiraths-Ankündigungen. I. Arbeiter Paul Bernhard, kath., Anderslohndr. 4, und Gertrud Hoffmann, kath., Friedrich-Wilhelmstr. 51. — Werkmeister Robert Lehmann, ev., Heinrichstr. 14, und Martha Friedbach, ev., Neumarkt 18. — Kunstglaser Ernst Janede, ev., Rosenhalesstraße 8c, und Bertha Stephan, ev., Stockgasse 19. — Bäckergehilfe Ferdinand Holländer, jüd., Hinterhäuser 21, und Ridel Müller, jüd., Friedrichstraße 64. — Haushälter Paul Reimann, evang., Neumarkt 18, und Auguste Berger, ev., Sternstr. 28/30. — II. Padmeister Josef Willmann, kath., Klosterstraße 125, und Anna Jänich, kath., Sangegasse 17. — Schneidermeister Paul Scholz, kath., Gahlsstr. 87, und Amalie Dienert, ev., hier. — Schuhmachermeister Carl Schmidt, kath., Sonnenstr. 11, und Emma Schubert, ev., An der Barbarakirche 2/3. — Arbeiter August Niwerth, evang., Adolfsstraße 38, und Pauline Jesig, evang., hier.

Geschliekungen. II. Postschaffner Eduard Madetzki, kath., hier, mit Ernestine Wolf, ev., Gnießgau. — Schlosser Josef Krause, kath., mit Emma Krause, ev., hier. — Schmied Hugo Urbanski, kath., mit Caroline Rattner, evang., hier. — Hilfsbremser Paul Klemsch, kath., mit Anna Wandelt, ev., hier. — Arbeiter Wilhelm Weiß, evang., hier, mit Susanna Marschel, ev., Jänisch. — Schriftföher Alfred Arene, ev., hier, mit Elisabeth Hamranke, ev., Peistretscham. — II. Stellmacher August Feinze, ev., mit Anna Muschalla, ev., hier. — Militärinvalid Gottleib Kühn, ev., mit Maria Lorenz, kath., hier. — Holzbildhauer Hermann Rasper, ev., mit Clara Spiller, ev., hier.

Geburten. I. Schlosser Friedrich Hentschel, ev., S. Goldarbeiter Robert Scholz, kath., S. — Schuhmacher Wilh. Jätsche, evang., S. — Schneider Julius Weigelt, ev., S. — Maurer August Hasplich, kath., S. — Rärner Fritz Gatzmanga, ev., S. — II. Brauer Johannes Niedermeyer, ev., S. — Böttcher Wilhelm John, ev., S. — Feizer Hermann Krause, ev., S. — Maler Heinrich Schubert, kath., S. — Rangirer Gustav Weishaupt, ev., S. — Feizer Franz Stalze, kath., S. — Korbmacher Julius Stantke, ev., S. — Fabrikarbeiter Josef Lhamm, kath., S. — Schuhmachermeister Friedrich Bäsch, ev., S. — Kutcher Hermann Opitz, ev., S. — Metallkärner Gustav Fleischer, ev., S.

Freie Turnerschaft zu Breslau.
Donnerstag, den 16. d. Mts.:
Mitglieder-Versammlung
bei Ruster, Lehndamm 28.
Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.
Der prov. Vorstand.

Singer-Nähmaschinen
nur noch kurze Zeit für 45 Mark unter mehrjähriger Garantie im Nähmaschinen-Fabrik-Lager von **Salz Freund, Breitstraße Nr. 4/5.**
ff. Salzheringe
die Mandel von 30 Pfg. an.
3721 Räucherheringe,
2, 3 und 4 Stück 10 Pfg.
Ring 46, im Jese.

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spteldosen zum Drehen u. selbst spielend, **Musik-Automaten** fest & R. Cohn, Kupferstraße 17. 3828

Vereins-Kalender.
Breslau.
Donnerstag, den 16. Mai:
Bereinigung der Maler Radirer, Anstreicher und verwandten Berufsgeossen. Abds. von 7¹/₂—9¹/₂ Uhr: Versammlung im Vereinslocal bei Gölich, drei Tausen, Neumarkt. — Jahlabend. — Aufnahme neuer Mitglieder — Kollegen, welche nicht der Vereinigung angehören, sind als Gäste willkommen. Gesangver. n. Breslauer Gutmacher. Abends 8¹/₂—10 Uhr: Übungsstunde im Vereinslocal zum rothen Löwen, Kupferstraße 21.

Achtung! Holzarbeiter!
Das **Mai-Kränzchen**
findet **Sonnabend, den 18. Mai cr.,** im Locale zur „**Wilhelmsburg**“ bestimmt statt.
3846 Die Local-Verwaltung.

Zur Frühjahrswäsche
empfehle meine an Güte unübertroffenen Kernseifen zu ermäßigten Preisen.
Rudolph Balhorn, Seifenfabrik
3717 Ende Neudorfstraße.
Filialen: Neue Schmeibritter 5 und Friedrich-Wilhelmstr. 75.

